

Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Diese Wandzeitung wird monatlich 1500 mal geklebt. Durch Abonnenten wird sie mitfinanziert. Abonnieren Sie!

Kölner

Dezember 1982 **5**

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Wer abonniert, zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 32 80 04-500 (Beate Bätje)
Stichwort: WandZeitungs-Abo
Herausgeber und Verlag: SSK e.V. Liebigstr.25, 5 Köln 30
Druck: Betrieb Merkenicher Str.99, 5 Köln 60

Verantwortlich: Michael Birkenbeul
Ensener Weg 68

Pulheim bei Köln / LEG-Bankrott

Sanierung vom Gericht verboten

Wie im Severinsviertel oder in Köln-Mülheim, so hat auch die kleine Stadt Pulheim an der Venloer Straße ein Sanierungsgebiet. Seit mehr als 10 Jahren planen und betreiben die Politiker und Beamten ein Stadtzentrum mit allen 'Segnungen' der modernen Zeiten: Fußgängerzone, Verwaltungszentrum, Altenheim, Einkaufsparadies mit bequemen Anfahrsstraßen, Blumenkübel usw. Dieses 'Pulheim 2000' wollen die Machthaber aber genau dort errichten, wo jetzt noch das ursprüngliche Dorf ist

mit kleinen Häusern, teils alt, teils jüngeren Datums, große Gärten, mit bester Lebensqualität.

Die alten Pulheimer sollen weichen, wenn nicht freiwillig, so mit der Gewalt des Städtebau-Förderungsgesetzes: Enteignungen, Baugeboten, Abrißgeboten und schließlich und endlich durch das Eintreiben einer sogenannten 'Ausgleichsabgabe', die auch diejenigen zahlen müssen, deren Haus nicht gleich abgerissen wird.

Krank-Sanierung

In Pulheim hat das grausame Auswirkungen auf die Menschen. 10 Jahre lang Angst und Ungewißheit, das ewig gleiche scheinheilige Gerede der Politiker, die Furcht vor Vertreibung, Altenheim, Verlust von Haus und Nachbarschaft haben viele k rank gemacht. Depressionen, Herzrhythmusstörungen, Asthma, Blutdruck, das sind die Opfer, die schon gebracht worden sind. Die Pulheimer haben vor drei Jahren den SSK zu Hilfe geholt und seitdem die Sanierer rücksichtslos bekämpft. Vor allem den 'Hauptverantwortlichen', wie er selber sagt, den Neu-Pulheimer und rheinischen CDU-Vorsitzenden Bernhard Worms, der selbst reich und satt den Fürst von Pulheim spielt.

Ärzte von der 'Ambulanz im SSK' haben 12 Sanierungsopfern Krankheiten bescheinigt, welche die Sanierung hervorgerufen oder verschlimmert hat. Trotz Aufforderung des Arztes ließen die Sanierer auch diese, meist alten Leute nicht in Ruhe. Zwei Jahre lang war ein Gerichtsverfahren anhängig, die ganze Sanierung wurde darin als Unrecht und als Menschenrechts-Verletzung angegriffen.

Am 11. November 1982 kam es zur Verhandlung beim Oberverwaltungsgericht Münster. Alle warteten gespannt darauf, wie nun zum ersten Mal ein Gericht sich zu den Übergriffen von Sanierern gegen Leib und Leben der kleinen Leute äußern wird. Aber das Gericht wand sich elegant um die heiße Kartoffel herum. Es nahm Formverstöße zum Anlaß, die Sanierung samt und sonders für nichtig zu erklären. In Pulheim ist der Kriegszustand vorbei. Nach fast einem Viertel Menschenleben ist die Sanierungs(satzung) aufgehoben, die Menschen können frei durchatmen.

Dieses Urteil, gegen das keine Berufung mehr möglich ist, bedeutet für die Machthaber eine Katastrophe, kein Geld mehr vom Land, die Bebauungspläne sind wahrscheinlich auch ungültig, die Menschen mit klarem Unrecht fertig- und kaputtgemacht.

LEG als Spekulant

Es ist aber auch eine Katastrophe für den 'Sanierungsträger' der Stadt Pulheim, einer Firma, welche auf das 'Umsetzen' von Menschen und das Ansiedeln von Geschäftemachern spezialisiert ist. Es handelt sich um die Landesentwicklungsgesellschaft NW, (LEG), die auch dieselbe 'Arbeit' im Severinsviertel macht. Die cleveren Herren Dadder und Busch

haben also mit einer 'nichtigen' Satzung die Leute unter Druck gesetzt, jetzt sind sie praktisch entlassen, ihre Versprechungen sind nichts mehr wert, die ihnen geglaubt und verkauft haben, sind jetzt die Dummen.

Der Bürgermeister von Pulheim nach dem Urteil: „Was sollen wir jetzt den Leuten sagen, die schon verkauft haben? Sie haben ja weniger Geld bekommen als auf dem freien Markt?“

Die Interessengemeinschaft Pulheimer Sanierungsopfer in einem Beschwerdeschreiben an den Minister für Landesplanung und Städtebau: „Will man die LEG weiter engagieren, so müßte sie ja auf andere Weise Gewinn machen können. Und da gibt es eben massive Hinweise drauf, daß die LEG wohl hofft, als ganz gewöhnlicher Spekulant auf ihre Kosten zu kommen. Stehen doch in Pulheim die verschiedenen Abteilungen dieser Gesellschaft in gewinnträchtiger Weise an mehreren Fronten bereit: Während die eine den 'Ortskern' abzuräumen hatte, betätigt die andere sich in den Neubaugebieten als Bauträger, Fertighausverkäufer und Grundstücksmakler. Wir fordern Sie auf, die bisherige Tätigkeit der LEG und ihrer Mitarbeiter zu überprüfen!“



Informationen über Verhandlungspraktiken der LEG in Köln sind willkommen und werden vertraulich behandelt. SSK-Saliering, Telefon 21 31 75

Schamlose Ausbeutung im ALEXIANER-KRANKENHAUS

Durch den jährlichen "Tag der offenen Tür" stellt das Alexianer-Krankenhaus eine der sog. "Arbeitstherapien" vor, die nur durch einen Bruchteil der insgesamt 350 Patienten gemacht werden kann. Von maximal 12! Uns interessierte jedoch die Arbeit, die der überwiegende Teil "Kranken" (?) verrichtet und mühenhaarsträubende Tatsachen feststellen:

Seit Jahren arbeitet das Alexianer-Krankenhaus mit der "DEUTSCHEN BUNDESPOST", sowie der Firma "JOFRIKA", Urbacher Weg, 5000 Köln 90, Hand in Hand. Die von ihnen erteilten Aufträge bedeuten für die Patienten folgendes:



- Für die Firma JOFRIKA:
 - Lippenstifte einsortieren
 - Etikette kleben
 - Karnevalsartikel einfüllen
- Für die DBP:
 - entknoten der verworrenen Paketschnüre



An für sich ist hieran nichts verwerfliches. Schaut man jedoch genauer hin, stellt man fest, daß unter dem DECKMANTEL der "THERAPIE" eine schamlose Ausbeutung betrieben wird.

BEREICHERUNG DURCH DIE HILFLOSIGKEIT VON ABHÄNGIGEN !!!

Für die "DBP" werden durchschnittlich 35 Patienten beschäftigt, die für eine monotone, anstrengende Arbeit einen Stundenlohn von 65 Pf (!) erhalten.
Für die Firma "JOFRIKA" werden durchschnittlich 45 Patienten bei einem Stundenlohn von 55 Pf (!) für die zu erledigenden Arbeiten eingesetzt, (max. 23 Std. wöchentlich).
Für die selbe Arbeit müßte die "DBP" mindestens 7 Arbeiter(innen) bei einem Mindestlohn von 6 DM, plus Sozialabgaben etc. beschäftigen. So erzielt man ganz einfach auf dem Rücken der Patienten einen Gewinn von wenigstens 120 % !!!
Die Firma "JOFRIKA" müßte mindestens 9 Fabrik- oder Heimarbeiter(innen) bei einem tariflichen Mindestlohn von 7,50 DM (!) einsetzen. Auf diese Weise erwirtschaftet man jedoch einen Gewinn von mindestens 217 % !!!
Nicht genug der PROFIT SUCHT, jetzt will die Firma JOFRIKA das gleiche System im Alexianer-Krankenhaus Aachen einführen, was für die dortigen Patienten Ausbeutung und für die Arbeiterinnen der Firma Entlassung bedeutet. Gewinnbringend nur für den Besitzer der Firma Jofrika!

Was unternimmt die Anstaltsleitung unter Dr. Clemens dagegen?

NICHTS, man sieht unter der Leitung von Chefarzt Dr. R. Clemens stillschweigend zu, nach dem Motto: wir verdienen ja nichts an den Aufträgen und Arbeitszwang besteht ja auch nicht (?).
Dabei vergißt man aber allzu schnell, daß dies oft die einzige Möglichkeit für viele Patienten ist, ihr klägliches Taschengeld (80 DM im Monat) aufzubessern, um so durch den Kauf von Kleinigkeiten ihr Dahinvegetieren angenehmer zu gestalten.

UND WAS MACHT DER LANDSCHAFTSVERBAND???

Nun, er fordert nach einer genau gestaffelten Tabelle, der keine Mark entgeht, "seinen" Anteil, sollte der vom Patienten erarbeitete Betrag eine gewisse Grenze (74DM) überschreiten....

WIR FORDERN GERECHTE ENTLOHNUNG DER PATIENTEN !!!!

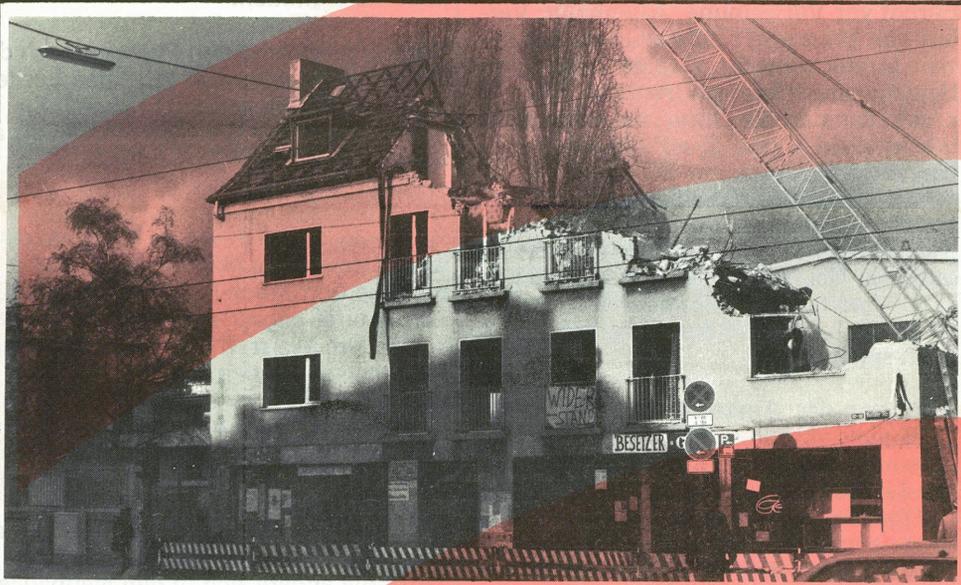
Samstag, den 4.12.82 Fernsehdiskussion "Anruf erwünscht", WDR 3, 20.15 Uhr, Thema Psychiatrie

Erpresser bitten zur Kasse: Mebs und DDM

Auf dem Rücken von rund 60 Mietparteien der Häuser Palanterstr. 10 in Sülz, Mathildenstr. 23 in Deutz und Dreikönigenstr. 2 im Severinsviertel, versucht die Kölner Althausgroßbesitzerin ROSEMARIE MEBS aus Widdersdorf, Hauptstr. 31, ihre Finanzen zu sanieren. Vorübergehend verkaufte sie deshalb Mitte des Jahres diese und andere Häuser an die bayrische Immobilienfirma DDM, die ihr 12 Mill. Mark versprach. Gezahlt wurde wahrscheinlich nie etwas, aber die Gläubiger ließen Frau Mebs erst einmal in Ruhe. Seit Mitte Oktober '82 hat sie scheinbar finanziell erneut festen Boden unter den Füßen, sie will die Häuser nämlich wieder übernehmen. Um den Schein zu wahren, ficht sie den Kaufvertrag vor Gericht an. Für die vorwiegend ausländischen Mieter in den heruntergewirtschafteten Wohnungen mit Quadratmeterpreisen von 15.-DM, feuchten Wänden, undichten Fenstern und Gemeinschaftsklo bedeutet das, beide, Frau Mebs und die DDM fordern von ihnen die Miete.

Um dem Risiko einer doppelten Mietzahlung aus dem Weg zu gehen, entschlossen sich die Bewohner, die Mieten bei Gericht zu hinterlegen. Frau KNIFFKA, Geschäftsführerin der DDM, und Hausverwalter HANS JONAK, ehemals in Diensten von Frau Mebs, beide wohnhaft Stolze Str. 8, reagierten mit blanker Erpressung: In der Mathildenstr. 23 drehten sie kurzerhand die Heizung ab, in der Palanterstr. 10 drohten sie schriftlich mit Heizungs- und Stromsperre. Der Gewinn der DDM bei diesem Scheingeschäft mit Frau Mebs sind nämlich die Mietzahlungen bis zur Besitzrückgabe und die gehen ihr bei einer Hinterlegung verloren. Die Mieter in Sülz und im Severinsviertel werden die Mieten aber trotzdem hinterlegen. In sämtlichen Häusern hat die Stadt Köln bereits ermittelt und die Zustände amtlich gutgeheißen.

Für Mieter aus anderen Häusern von Frau Mebs, der DDM und der SAN gibt es einen wöchentlichen Termin, wo man erfährt, wie man sich gemeinsam wehren kann: Mittwochs um 19 Uhr, Liebigstraße 25, in Köln Ehrenfeld, beim SSK, wer zu diesem Termin nicht kann, ruft an: Tel.: 55 61 89



Abriß des besetzten Hauses Venloerstraße/Leyendeckerstraße am 23. November 1982

Armut stinkt – Geld nicht

Ehrenfeld, wo seit jeher Arbeiter und Handwerker gelebt haben, soll jetzt modernisiert werden, um reichere Bevölkerungsschichten anzuziehen. Die Stadt (das Stadtentwicklungsamt) führt eine umfassende 'Wohnumfeldverbesserung' durch. Die U-Bahn, Einkaufszentren, Ärztehäuser und Eigentümehäuser werden gebaut und die Altbauten teuer modernisiert. All dies dient dem Zweck, die Armen zu vertreiben.

Ein Wohnhaus (300 qm, 30 Jahre alt) ist der Profitsucht bereits zum Opfer gefallen: Das Haus Leyendeckerstr./Venloerstr. wurde abgerissen, obwohl die Räumungsklage noch lief, also illegal. An dessen Stelle soll nun ein Ärztehaus errichtet werden. Dieser Abriß ist jedoch erst der Auftakt für die Sanierung Ehrenfeld-West:

Für das benachbarte Mausergelände liegt seit kurzem ein Bebauungsplan vor. Mit kräftiger Unterstützung der Stadtparkasse darf hier der altbekannte Spekulant Kaiser doch wieder bauen. 46 Eigentümehäuser zum Einzelpreis von 650.000,-DM sollen auf dem Fabrikgelände entstehen, fragt sich nur, wer sowas bezahlen kann.

Kaiser hat sich seine Baugenehmigung erkaufte, indem er der Stadt 'großzügigerweise' Gelände für Sozialeinrichtungen überließ. Dieser Klügel war nur möglich, weil die Stadtparkasse ständig auf eine Zwangsversteigerung verzichtet, obwohl Kaiser ihr Geld schuldet. Das Geschäft Stadt – Kaiser ist das beste Beispiel dafür, daß Sanierungsgebiete Selbstbedienungsläden für profitsüchtige Spekulanten sind.

Aber, wo sich die einen gesundstoßen werden andere krank, vor Angst und vor Einsamkeit in den Wohnghettos Chorweilers. Hier ist die eigens von der Stadt errichtete Auffangstation für die aus der Stadt heraussanierten Ärmern. Köln bekäme den Charakter von 3. Welt-Städten, in denen Armut in Slumgebiete an den Stadtrand verlegt wird, das Panorama nicht zu stören.

MODERNE SKLAVEREI UNTER DEM DECKMANTEL DER NÄCHSTENLIEBE

VORSICHT !

Jung, arbeitslos, kein Geld und ohne Unterkunft?
Danke zu ME
Köln, Große Telegraphenstraße 46
Nähe Neumarkt, 9-12 u. 13-17 Uhr

Ungelehrte Arbeitskräfte, m./w., bis 26 Jahre alt, gesucht. Wochenverdienst ca. 600,- DM, Unterkunft vorhanden. Sofortbeginn. Deutscher Personalausweis erforderlich. Telefon (0 22 51) 5 83 88 von 10-13 und 14-17 Uhr

Achtung!
Einstellungstopp aufgehoben: Ab sofort suchen wir junge Damen und Herren für unsere Niederlassungen. Wir bieten gute Bezahlung, Unterkunft vorhanden, Auskunft von 9 bis 17 Uhr unter Telefon 62 21/24 88 88.

Mit solchen oder ähnlichen Anzeigen machen immer wieder skrupellose Geschäftemacher Jagd auf junge Menschen, die sich in Notsituationen befinden, die also ohne Arbeit, ohne Wohnung, ohne Geld dastehen. "Abonnten-Werbung" heißt das Zauberwort – doch dahinter verbirgt sich oft nichts anderes als eine neue Art des Menschenhandels. Mit verlockenden Angeboten werden junge Leute von der Straße geholt – angeblich aus sozialen Motiven, um ihnen zu "helfen". Doch die Wirklichkeit sieht anders aus:

Wohnung : das sind meistens Hotels oder Häuser, weit außerhalb, die von den "Drückern" teuer bezahlt werden müssen (250,-DM pro Woche für Unterkunft und Verpflegung sind keine Ausnahme). Zudem wird nicht selten das Gelände von Hunden bewacht, um jede Möglichkeit zur "Flucht" auszuschließen.

Arbeit : ohne Absicherung durch Sozial-, Kranken- und Rentenversicherung sind die "Drücker" gezwungen von Haus zu Haus zu gehen und möglichst viele Abonnenten anzuwerben, d.h. möglichst viele Menschen mit zwielichtigen Tricks über's Ohr zu hauen. Mit auswendiggelernten Sprüchen werden Mitleid und Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ausgenutzt, z.B.:

"Denken Sie schlecht über junge Menschen, die schon mal im Gefängnis waren? Ich frage Sie nämlich aus dem Grund, da ich selbst erst vor kurzem entlassen worden bin und mir das feste Ziel gesetzt habe, nicht mehr rückfällig zu werden um mir eine neue Existenz aufzubauen. Nun war ich da beim Arbeitsamt, doch die Herren können mir nicht weiterhelfen, da ich keinen festen Wohnsitz habe – und bei Ihnen wohnen kann ich ja bestimmt auch nicht, oder?..... Wenn ich nämlich 60 nette Leute finde, die mir auf diese Art ein klein wenig weiterhelfen, so bekomme ich hier in der Gegend für 1 Jahr kostenlos eine Wohnung gestellt, wo ich mich endlich anmelden kann und wieder regelmäßig arbeiten gehen kann. Dies ist ein Sozialplan und wird von einem Privatmann unterstützt".

Wem es schwerfällt, "seine" Geschichte anzubringen, wer also zuwenig "Scheine"(Abos) nach Hause bringt, auf den warten in vielen Fällen Essensentzug oder Prügel. Ein 18jähriges Mädchen berichtet sogar: "Weil ich nicht genug Scheine hatte, brachte mich der Kolonnenführer in eine andere Stadt, damit ich dort auf den Strich gehen sollte. Da bin ich abgehauen". Aussteiger müssen ein vertraglich vereinbartes "Lösegeld" zahlen (bis zu 30.000 DM).

Geld : vom großartig versprochenen Verdienst bleibt nicht viel übrig. Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten werden gleich abgezogen, die meisten "Drücker" bekommen nicht mehr als ein paar Mark in die Hand. Nur besonders Skrupellose schaffen es, mehr zu verdienen und vielleicht zum Kolonnenführer aufzusteigen.

Auch die großen Verlage (Springer, Bauer, Burda usw.) sind am Geschäft mit der Arbeitslosigkeit beteiligt. Sie zahlen den Werbefirmen beachtliche Prämien (bis zu 200,-DM) für jedes neugewonnene Abo – unter welchen Bedingungen und mit welchen Methoden für ihre Zeitschriften geworben wird, interessiert sie nicht. Ihnen ist jedes Mittel recht um die Auflagen zu erhöhen, denn: je höher die Auflage ist, je mehr Zeitschriften also verkauft werden, desto teurer können sie ihre Anzeigenseiten verkaufen.

SSK Bensberg-Refrath, Hasselstr.1 tel. 02204-68632
Köln - Mitte, Saliering 37 tel. 0221 - 213175

Direktor des Landschaftsverbandes Fischbach:

"Heimunterbringung nicht mehr finanzierbar"

denn die öffentlichen Kassen sind leer. Inzwischen gehen über 12 Milliarden Sozialhilfegelder jährlich nur für Heimpflege drauf. Deshalb sucht man in anderen Städten (z.B. Frankfurt, Bielefeld) seit Jahren nach billigeren und vor allem menschlicheren Lösungen: Statt Heimunterbringung werden die Alten zu Hause gepflegt; neue Heime sind dadurch überflüssig.

Aber es wird dennoch ein neuer Heimgigant gebaut.

Immerhin das neunte Altenheim in unserem Viertel. An die Folgen denkt keiner; bereits jetzt wird zu Gunsten der Heimkosten bei den mobilen Hilfsdiensten, wie Essen auf Räder, Hausbesuche von Ersatzdienstleistenden, gestrichen. Ebenso wird bei den Selbsthilfe-Gruppen, die von den Politikern auf Grund ihrer Sparsamkeit gelobt werden, dennoch jeder notwendige Pfennig weggekürzt.

Hinter diesem Altenheimprojekt stehen gewichtige Persönlichkeiten und Organisationen wie OB Burger, der SPD-nahe Arbeiter Samariter Bund und das Amt für Stadtplanung. Sie alle brüsten sich damit, "mehr Raum für Mülheims Alte" zu schaffen. Die Aussonderung der Alten hat aber einen anderen Grund:

Die Alten in Mülheim stehen der Sanierung im Wege!

Deshalb sollen sie ins Heim. Denn nur wenn ihre Wohnungen frei werden, können die Spekulations- und Sanierungspläne reibungslos durchgeführt werden.

Die Alten in Mülheim hat niemand gefragt!

Überhaupt wurde die Ganze Planung des DKH-Altenheims ohne Beteiligung der Bürger durchgezogen. Alle, die nicht im Heim sterben wollen, fordern wir auf, mit uns gemeinsam für die Abänderung dieser Wohnsinnpläne zu kämpfen! Wir fordern:

- die Alten dürfen nicht Opfer der Sanierungspolitik werden.
- die Alten müssen in ihren angestammten Wohnungen bleiben dürfen.
- statt Pflegeheim soll am ehemaligen DKH eine Sozialstation eingerichtet werden, die die Pflege zu Hause ermöglicht. Im restlichen Gebäude sollen Sozialwohnungen geschaffen werden.
- die Alten in Mülheim sollen an der Planung beteiligt werden.
- die Mülheimer Bürger müssen die Möglichkeit bekommen, zu den Plänen Stellung zu nehmen.
- alle mit den Alten Tätigen, Organisationen, Selbsthilfegruppen und Personen sollen öffentlich über Alternativen zum Pflegeheim beraten.

Hierzu laden wir ein, zu einer ersten Bürgerversammlung

DKH- Altenheim: Pflegeheim oder Pflege daheim

am 2. Dezember um 15 Uhr in den Räumen der Familienbildungsstätte, Knauffstraße/Ecke Tiefentalstraße in Mülheim.

Veranstalter: Mülheimer Teestube, SSK, Mülheimer Seniorenreff, Ambulanz im SSK